

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 05/2023 vom 15. Juni 2023, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Manfred Locher
Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Nicole Krenger, Alice Kropf, Thomas Lanz, Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Thomas Rosenberg, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Markus van Wijk, Cloe Weber, Simon Werren, Matthias Zellweger

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmännli, Gemeinderat Reto Schertenleib

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Lorina Winkler

Entschuldigt

Christoph Lauener, Susanne Gygax, Alois Studerus

Schluss der Sitzung

21:50 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst die Anwesenden zur fünften Stadtratssitzung des Jahres. Er weist darauf hin, dass heute alle Traktanden behandelt werden, da die Juli-Sitzung ebenfalls eine Doppelsitzung sein wird. Für Traktandum 7 werden viele Gäste erwartet, daher wird unmittelbar davor eine halbstündige Pause stattfinden.

Die Traktandenliste wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

55. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Mai 2023

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

56. Wahlkommission

Wahl von Martin Entchev (SVP) anstelle der zurückgetretenen Chiara Schlatter (SVP)

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 24. Mai 2023, beschliesst einstimmig:

1. Von der Demission von Chiara Schlatter per sofort wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Chiara Schlatter wird Martin Entchev, geb. 1979, von Thun, Verkaufsleiter, wohnhaft Freiestrasse 21 B, 3604 Thun, als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

57. Jahresrechnung und Jahresbericht 2022

Genehmigung

a) Eintretensdebatte über den ganzen Bericht

Bericht des Gemeinderates 11/2023

Gemeinderätin Andrea de Meuron macht in Anbetracht der Zahlen darauf aufmerksam, dass das Budget in der Zeit entstand, als der Bundesrat die COVID-Massnahmen verschärfte. Nun haben sich erfreulicherweise die düsteren Prognosen nicht bewahrheitet: Die Steuereinnahmen brachen nicht ein, in die Lastenausgleichssysteme – v.a. die Sozialhilfe – musste weniger einbezahlt werden. Es gab jedoch auch Einmal-effekte wie die Teilauflösung der Spezialfinanzierung Bonus-Malus und die Auflösung des Asylfonds, welche die Rechnung positiv beeinflusst haben. Zur Vermögens- und Schuldensituation ist zu sagen, dass Thun im Gegensatz zu anderen Städten über ein Nettovermögen von 115 Mio. Franken verfügt. Die Zahlen zeigen ein stabiles Rechnungsergebnis, eine kerngesunde Bilanz und damit einen Standortvorteil. Zur Selbstfinanzierung möchte sie auf das Ergebnis aus der Erfolgsrechnung hinweisen, welches gegenüber dem Budget 2022 um 31.9 Mio. Franken besser ausfällt. Etwas kritischer betrachtet sie den Realisierungsgrad von nur 66 Prozent. Dort will der Gemeinderat gut hinschauen, um künftig ein besseres Ergebnis zu erzielen. Die Begründungen sind nachvollziehbar; schon nur der Verzug eines Projekts schlägt zu Buche. Der Gemeinderat ist erfreut über das positive Ergebnis und v.a. über das Nichteintreffen der düsteren

Prognosen. Sie relativiert jedoch: 10.7 Mio. Franken klingen nach viel, bei einem Umsatz von 327 Mio. Franken ist das jedoch nur eine Abweichung von 3.2 Prozent. Der positive Abschluss trägt nichtsdestotrotz zur stabilen Finanzsituation bei. Der Gemeinderat beantragt, den grössten Teil des Überschusses in den baulichen Unterhalt Verwaltungsvermögen einzulegen und den Rest in die finanzpolitische Reserve, um die Ausgangslage zu verbessern.

Martin Allemann, **BRK**, erinnert auch daran, dass man zur Zeit des Budgetierens davon ausging, dass die Corona-Pandemie grosse Auswirkungen auf die Jahresrechnung haben würde. Wenn man jedoch zu optimistisch budgetiert hätte, wäre man auch nicht zufrieden gewesen. Er erläutert, dass der Ertragsüberschuss einerseits durch höhere Steuererträge, andererseits durch weniger Aufwand in den Direktionen und den Einmaleffekt der Auflösung des Bonus-Malus-Systems entstand. Auch der Aufwand für den baulichen Unterhalt hat massgeblich dazu beigetragen. Weniger Aufwand ist positiv fürs einzelne Jahr, längerfristig könnte es aber zu einem Boomerang werden, wenn man den Unterhalt aufschiebt und es schlussendlich teurer kommt. Das ist dem Gemeinderat offenbar bewusst, er will ja Gegensteuer geben. Beim Betrachten aller Zahlen kann festgehalten werden, dass es der Stadt Thun gut geht. Man darf aber auch nicht übermütig werden, sondern muss anstehende Investitionen gut abwägen. Aufgrund der steigenden Zinssätze sollte man unbedingt vermeiden, zusätzliches Geld aufzunehmen. Jedoch ist es nicht so, dass mit diesem Abschluss den Bürgern unberechtigt viel Geld aus dem Sack gezogen wurde: Die Stadt braucht das positive Resultat, um für anstehende Aufgaben wie die Sanierung des Grabenguts oder der Schulhäuser über genügend Mittel zu verfügen. Anders als bei einem Unternehmen fliesst der Überschuss nicht in Boni und Dividenden, sondern bleibt in der Stadt. Alle Fragen aus den SAKOs konnten vollumfänglich beantwortet werden, Gemeinderat und Verwaltung haben ihre Aufgaben wahrgenommen. Die Vertreter der BDO AG haben der Stadt ein gutes Zeugnis ausgestellt und empfehlen die Jahresrechnung zur Annahme. Er dankt dem Finanzverwalter Stefan Christen, seinem Team und allen Stadtangestellten für ihre Arbeit. Die BRK empfiehlt die Anträge des Gemeinderats einstimmig zur Annahme. Mit der neuen Darstellung ist das Budget besser lesbar und übersichtlicher, wofür er Renate Schneider und ihrem Team dankt.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, geht davon aus, dass Stadtrat Allemann als BRK-Präsident gesprochen hat, weshalb dieser keine persönlichen Voten einfließen lassen sollte. Die SVP-Fraktion hat das Resultat der Jahresrechnung grundsätzlich erfreut zur Kenntnis genommen und bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die transparente Erstellung und die schlüssigen Erläuterungen. Der kleiner ausgefallene Aufwand ist eigentlich ein positiver Umstand. Trotzdem lässt einem der Gedanke nicht los, dass Reserven in den budgetierten Ausgaben kalkuliert wurden und die Einnahmen mit grosser Vorsicht verrechnet wurden. Das ist nicht falsch aus Sicht eines Finanzverantwortlichen, dennoch darf man aber nicht vergessen, dass die Stadt mit den finanziellen Mitteln der Bürgerinnen und Bürger treuhänderisch umzugehen hat und nicht mehr Steuern und Abgaben als nötig verlangen darf. So haben die Steuerzahlenden im Jahr 2022 mehr als 13 Mio. Franken zu viel in die Stadtkasse einbezahlt. Die Stadt Thun ist finanziell auf einem guten Weg und der hohe Finanzstandard konnte sogar ausgebaut werden. Doch auch bei umsichtiger und vorsichtiger Kassenführung kann es nicht das Ziel sein, die Reserven über Gebühr zu gewichten. Seine Fraktion vertraut dem Gemeinderat, dass dieser zeitnah nach Lösungen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von Steuern und Abgaben suchen wird, und dennoch einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren kann. Das wäre ein weiteres Argument für Gewerbe und Private, sich in Thun niederzulassen. Die SVP-Fraktion nimmt die Jahresrechnung und den Jahresbericht einstimmig an.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, bedankt sich grundsätzlich für die gute Verwaltungsarbeit. Der Jahresbericht ist gut verständlich und strukturiert. Dass das Budget ins gleiche Dokument integriert wurde, erachtet er als sinnvoll und nützlich. Normalerweise ist man ja erfreut, einen solch positiven Abschluss präsentiert zu bekommen. Er weiss, dass es besser ist, das Budget teilweise defensiv zu berechnen. Doch um jeden Preis Reserven zu generieren, ist problematisch. Er spricht hier von ca. 13 Mio. Franken, die der Thuner Steuerzahler zu viel bezahlt hat – und das in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der jeder Franken zählt. Mit Hilfe einer künftigen Steuerreduktion kann dieser Missstand allenfalls

korrigiert werden. Es mag erstaunen, dass der Kanton Bern Spezialfinanzierungen abgeschafft hat und die Stadt Thun diese weiter betreibt. In Zukunft ist zu überlegen, die Spezialfinanzierungstöpfe zugunsten eines noch transparenteren Finanzcontrollings ganz oder teilweise aufzuheben. Trotz allem ist die Stadt Thun gut gebettet. Seine Fraktion ist guter Hoffnung, dass der Gemeinderat in Zukunft die Steuerbelastung senkt und dass der Finanzhaushalt dabei ausgeglichen bleibt. Die Fraktion FDP/Die Mitte nimmt die Jahresrechnung und den Jahresbericht einstimmig an.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat, dem Finanzdirektor und allen Mitarbeitenden für ihre Arbeit, welche zu diesem hervorragenden Ergebnis führte. Die Herausforderung, in so unsicheren Zeiten ein Budget zu erarbeiten, ist enorm und die Auswirkungen schlecht absehbar. Es ist das finanzpolitische Gebot der Stunde, in diesen schwierigen Zeiten mit vielen Unwägbarkeiten das Budget mit der nötigen Zurückhaltung und Vorsicht zu gestalten. Deshalb honoriert ihre Fraktion umso mehr die überzeugende Leistung und das überlegte Verteilen des Überschusses in die Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt und in die gesetzlich vorgeschriebenen finanzpolitischen Reserven. Diese Gelder kommen schlussendlich dem Steuerzahler wieder zugute, da sie u.a. für werterhaltende Massnahmen und den Schulhausbau eingesetzt werden. Aus dem externen Revisionsbericht geht hervor, dass die Buchhaltung der Stadt fundiert und sehr kompetent geführt wird. Die Fraktion Grüne wird die Jahresrechnung einstimmig genehmigen.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, bedankt sich für die geleistete Arbeit und nimmt den Ertragsüberschuss ebenfalls erfreut zur Kenntnis. Thun ist weiterhin eine attraktive Stadt, sogar für Steuerzahler. Es ist zu hoffen, dass die Stadt diesen finanziellen Spielraum sinnvoll nutzen kann. Besonders möchte er eine Finanzkennzahl hervorheben: Die Nettoschuld in Franken pro Einwohner liegt um fast 500 mehr im Minus als letztes Jahr, das Nettovermögen bei ca. 2'600 Franken pro Person. Das ist erfreulich ist und gibt mehr Spielraum für künftige Investitionen. Die Fraktion GLP/EVP/EDU stimmt den Anträgen des Gemeinderats einstimmig zu.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Jahresrechnung besser abschliesst als erwartet. Nach wie vor stehen die verschobenen und weitere Investitionen an – grosse Schulraumprojekte, Sanierungen und Erweiterungen. Für die vielfältige Aufgabenerfüllung eines starken und nachhaltigen Service public sollen der Stadt weiterhin die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen, auch für kleinere und grössere Herausforderungen, die überraschend auftreten können. Die Finanzlage ist gut und das soll so bleiben. Für die SP-Fraktion sind deshalb keine Forderungen nach Steuersenkungen angezeigt. Sie folgen dem Antrag des Gemeinderats in allen Punkten.

b) Detailberatung

Marc Fritschi (Parteilos) bringt zu S. 105, Rubrik «obligatorische periodische Steuern» den Hinweis an, dass die Liegenschaftssteuer keine obligatorische Steuer ist.

Gemeinderätin Andrea de Meuron dankt dem Rat für die gute Aufnahme, aber auch den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die hinter den Zahlen stehen. An die Stadträte Bieri und van Wijk gerichtet betont sie, dass der Steuerzahler nur dann zu viel bezahlt hätte, wenn die versprochene Leistung nicht erbracht werden würde. Hier ging das Budget aber davon aus, dass die Einnahmen einbrechen und v.a. die Ausgaben steigen würden. Letzteres ist nicht eingetreten. Das Geld verpufft nicht, sondern fliesst in die Spezialfinanzierungen und steht für die Steuerzahlenden zur Verfügung, die davon profitieren, wenn z.B. Schulbauten saniert werden. Die Stadt steht in engem Austausch mit anderen Städten und Gemeinden, welche etwas neidisch nach Thun schauen, weil wir hier Möglichkeiten haben, von welchen andere weit entfernt sind. Sie ruft dazu auf, Sorge zu tragen und dankt dem Stadtrat für die gute Zusammenarbeit, die zu der guten Ausgangslage beigetragen hat.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 lit. a und Artikel 40 lit. i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglements und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichts inklusive Jahresrechnung 2022, beschliesst einstimmig:

1. Bewilligung eines Nachkredites von CHF 9'613'265.47 als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung 2022, Konto 5140.3632.01 für die zusätzliche Dotierung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen und von CHF 124'790.73 als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung 2022, Produkt SF Kulturelle Zwecke.
2. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von CHF 19'206'857.89 in der Kompetenz des Gemeinderates, davon sind alle gebunden.
3. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von CHF 403'755.85 in der Kompetenz der Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt (gemäss SW 2), davon CHF 7'250.00 neu und CHF 396'505.85 gebunden.
4. Genehmigung der Jahresrechnung 2022:

Aufwand Gesamthaushalt	CHF 298'783'029.76
Ertrag Gesamthaushalt	CHF 301'632'342.16
Ertragsüberschuss	CHF 2'849'312.40
Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF 281'306'984.84
Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF 281'306'984.84
Aufwand-/Ertragsüberschuss	CHF 0
Aufwand Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF 5'955'566.88
Ertrag Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF 7'120'750.05
Ertragsüberschuss	CHF 1'165'183.17
Aufwand Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF 6'276'366.28
Ertrag Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF 6'853'768.65
Ertragsüberschuss	CHF 577'402.37
Aufwand Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF 2'915'389.57
Ertrag Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF 3'424'776.34
Ertragsüberschuss	CHF 509'386.77
Aufwand Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF 2'186'664.42
Ertrag Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF 2'422'062.28
Ertragsüberschuss	CHF 235'397.86
Aufwand Spezialfinanzierung Parkplatzersatzabgaben	CHF 142'057.77
Ertrag Spezialfinanzierung Parkplatzersatzabgaben	CHF 504'000.00
Ertragsüberschuss	CHF 361'942.23
Ausgaben Investitionsrechnung	CHF 16'304'902.87
Einnahmen Investitionsrechnung	CHF 1'577'595.60
Nettoinvestitionen	CHF 14'727'307.27
5. Genehmigung des Jahresberichtes 2022.

58. Jahresbericht 2022. Stand der hängigen Motionen und Postulate per 28. Februar 2023

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderates 09/2023

Der Stadtratspräsident weist den Rat darauf hin, dass die bisherige gängige Praxis so war, dass überwiesene Vorstösse nicht gegen den Willen von Urheberinnen und Urheber abgeschrieben wurden. Wenn sich also Urheberinnen und Urheber in der Debatte gegen die Abschreibung aussprachen, genehmigte das Ratsplenum diesen Antrag.

Alice Kropf (SP) beantragt die Nichtabschreibung von Vorstoss 28. Die Teilnahme an der erwähnten Studie findet sie zwar lobenswert, reicht aber nicht. Ob die Gleichstellung und das Diversity Management dank der personellen Aufstockung bei der Personalentwicklung tatsächlich mehr Gewicht bekommen, muss sich erst beweisen. Die Berichterstattung für die Abschreibung fiel sehr knapp aus. Sie bittet deshalb um eine ausführlichere Berichterstattung in einem Jahr.

Der Rat gibt dem Antrag der Urheberin mit 23 Stimmen statt.

Marbach Michelle (Grüne) beantragt die Nichtabschreibung von Vorstoss 36. Die Aufnahme als Daueraufgabe ist zwar sehr begrüssenswert, jedoch ist die Frage für sie nicht genügend geklärt, um abgeschrieben zu werden.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag mit 21 Stimmen zu.

Kropf Alice (SP) beantragt die Nichtabschreibung von Vorstoss 38. Es wurde bisher im Zusammenhang mit diesem Postulat viel Aufwand betrieben, dennoch konnte noch keine Lösung gefunden werden. Sie sieht noch zwei Möglichkeiten, einen Taubenschlag zu prüfen: Auf dem Viehmarktplatz und beim Parkhaus Grabengut, wo Eveline Salzmänn im Verwaltungsrat hoffentlich etwas bewirken kann.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag mit 22 Stimmen zu.

Jonas Baumann (EVP) beantragt die Nichtabschreibung von Vorstoss 65. Inklusion ist eine Daueraufgabe und man ist noch nicht dort, wo man sein könnte. Die Aufgabe ist komplex und braucht sehr unterschiedliche Zugänge. Die Mitarbeit im Netzwerk «Hindernisfrei durchs Berner Oberland», die Zugänglichkeit zur Website und das Erklärvideo zu den Wahlen sind erste Schritte in die richtige Richtung und freuen ihn. Das städtische Inklusionsverständnis geht nach wie vor zu stark davon aus, dass es reicht, einfach ein paar Barrieren abzubauen. Laut Artikel 8 der UN-Behindertenrechtskonvention geht es aber um eine Bewusstseinsbildung. Das Behindertenkonzept des Kantons Bern sieht eine «Förderung der Selbstbestimmung und der gesellschaftlichen Teilhabe» vor, was nicht nur Barrieren zu tun haben kann. Das Ganze ist keine physische, rein formale Geschichte, weshalb er den Vorstoss nicht abschreiben, sondern weitere Schritte abwarten möchte.

Gemeinderätin Eveline Salzmänn hat sich im von Stadtrat Baumann erwähnten Netzwerk, welches neu «Hindernisfrei in Thun» heisst, eingebracht und an der letzten Sitzung teilgenommen. Auch sie versteht die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk so, dass alle Anliegen Platz haben – nicht nur infrastrukturtechnische. Auf der Website, welche auf der Seite der Stadt Thun verlinkt ist, sieht man, dass Brigitte Tschanz vom Schweizerischen Blinden- und Sehbehindertenverband als Ansprechperson definiert ist, welche als Fachstelle agiert und das Netzwerktreffen ins Leben gerufen hat. Das Thema ist ihr als zuständige Gemeinderätin wichtig. Es wurde als Dauerauftrag abgeschrieben, deshalb bleibt sie am regelmässigen Austausch dran.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag mit 21 Stimmen zu.

Der Stadtpräsident nimmt zur Aussage des Stadtratspräsidenten Stellung. Der Gemeinderat versteht die bisherige Praxis so, dass man bei nicht eigenen Vorstössen keinen Antrag auf Abschreibung stellt – und nicht als faktisches Veto-Recht der Vorstösserinnen und Vorstösser gegen Abschreibungsanträge. Das wäre allenfalls ein Thema für die Präsidienkonferenz. Selbstverständlich liegt die Entscheidung dann beim Stadtrat.

Peter Aegerter (SVP) störte sich am Eingangsvotum des Stadtratspräsidenten. Er hat die Praxis auch anders verstanden und stimmt den Erläuterungen des Stadtpräsidenten zu.

Martin Allemann (SP) weist darauf hin, dass an der Präsidienkonferenz niemand die Aussage des Stadtratspräsidenten bestritten hat. Der Stadtratspräsident hat also nicht eigenmächtig gehandelt, die Präsidienkonferenz hatte Kenntnis davon. Es ist deshalb nicht richtig, ihm einen Vorwurf zu machen.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 1. März 2023, beschliesst einstimmig:

1. Kenntnisnahme vom Stand der hängigen Motionen und Postulate.
2. Die Vorstösse Nrn. 1, 4, 7, 8, 9, 12, 13, 14, 16, 17, 19, 20, 21, 25, 27, 29, 31, 32, 35, 42, 43, 44, 47, 49, 51, 54, 57, 58, 61, 62 und 66 gemäss vorliegendem Bericht werden abgeschrieben.

59. Legislaturziele 2023-2026

Kenntnisnahme

Bericht des Gemeinderates 13/2023

Der Stadtpräsident legt dem Rat mit den Legislaturzielen das Regierungsprogramm vor. Für den Gemeinderat ist das immer eine anspruchsvolle und interessante Zeit anfangs des Jahres, so kurz nach den Wahlen. Der neu zusammengesetzte Gemeinderat war sich rasch einig, dass er möglichkeits- und nicht defizitorientiert an die Legislaturziele herangehen wollte. Nachdem in vergangenen Legislaturen viele strategische Grundlagen erarbeitet wurden, wollte man zudem umsetzungsorientierter werden. Verschiedene Workshops wurden durchgeführt, was nicht so einfach war. Auch in diesem Gremium akzeptierte man, dass man sich nicht im luftleeren Raum befindet, sondern strategische Grundlagen hat. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat nun zwölf Ziele mit 39 Massnahmen vor. Er betont, dass es zudem ganz wichtige staatliche Aufgaben und Ziele gibt, die nicht in die Legislaturziele aufgenommen wurden. Die Sicherheit z.B. ist eine der fundamentalsten staatlichen Aufgaben. Doch gerade, weil das so klar ist, war der Gemeinderat der Auffassung, dafür kein eigenes Ziel definieren zu müssen. Das heisst nicht, dass in diesem Bereich nichts gemacht wird. Als nächstes wurden die Ziele und Massnahmen zusammen mit der Verwaltung im Hinblick auf die verfügbaren Ressourcen abgeglichen. Dem Gemeinderat war wichtig, dass die Ziele mit den vorhandenen Ressourcen erfüllt werden konnten, was zur einen oder anderen Justierung führte. Es gibt keine Priorisierung unter den Zielen, diese befinden sich alle auf der gleichen Ebene. Auch möchte er betonen, dass man den übersichtlichen Unterlagen die Arbeit vielleicht nicht ansieht, die hinter diesem Prozess steckt. In der Tat steckt sehr viel Arbeit dahinter; die Verwaltung war stark gefordert, weil sie zum Teil innert kurzer Frist Sachverhalte abklären musste. Die Verwaltung wurde jedoch extern begleitet und hat auch ein gutes Feedback zu den eigenen Leuten erhalten. Er bedankt sich bei allen, die sehr gut und rasch gearbeitet haben. Speziell bedankt er sich bei Stadtschreiber Bruno Huwyler, der den anspruchsvollen Prozess gemanagt hat.

Jonas Baumann, **SAKO P+StE**, gibt bekannt, dass in der SAKO keine grosse Diskussion stattfand und es keine kritischen Voten gab. Er geht davon aus, dass die anwesenden Parteien ihre Schwerpunkte bekanntgeben werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, hat das Papier interessiert gelesen und nimmt es wohlwollend zur Kenntnis. Es hat für alle etwas dabei. Besonders freute ihn, dass die Grundmaxime der nachhaltigen Entwicklung weit vorne zu finden ist. Das Klima hingegen ist das letzte Ziel, wobei es ja keine Wertung gibt. Vermisst hingegen hat seine Fraktion die Biodiversitätskrise: Der Schwund der Artenvielfalt ist

besorgniserregend. Es ist augenfällig, wie die Vielfalt zurückgeht. Man könnte etwas dagegen tun, wobei ihm das pendente Geschäft der Buchholz-Kiesgrube in den Sinn kommt. In seiner Fraktion wurde die Messbarkeit der Ziele diskutiert, da diese z.T. sehr offen und sogar etwas schwammig formuliert sind. Wenn der Grossteil dieser wichtigen Ziele erreicht werden kann, sind wir in vier Jahren wesentlich weiter.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, hat die Legislaturziele ebenfalls sehr erfreut zur Kenntnis genommen, insbesondere, dass sich ein neu zusammengesetzter Gemeinderat so schnell einigen konnte. Auch er findet, dass nicht alle Ziele messbar niedergeschrieben sind. Dennoch handelt es sich um klare Ziele und er gratulieren dem Gemeinderat zu seiner Arbeit.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet die Ziele gut verständlich und nachvollziehbar. Sie haben jedoch festgestellt, dass Fuss- und Veloverkehr etwas schwach aufgestellt sind. Auch aufgefallen ist ihnen, dass die Fusionsidee gestrichen wurde – trotz des Signals des Regierungsrats, diese Idee voranzutreiben.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, findet den Top-down-Ansatz den richtigen Weg, um die Ziele auszuarbeiten. Sicher muss man sich laufend Gedanken machen, wie man den Realisierungsgrad der einzelnen Ziele nachvollziehbar darstellt. Dass die nachhaltige Entwicklung als Grundsatz verankert ist, begrüsst seine Fraktion sehr. Bei Ziel 1 fehlt ihnen aufgrund der steigenden Mietzinse der Hinweis, dass es insbesondere auch darum geht, den genossenschaftlichen und preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern. Die steigenden Zinsen führen nämlich zur Erhöhung der Mieten und belasten das Budget der Mieter stark. Das kann dazu führen, dass man mehr Ergänzungsleistungen braucht, welche wiederum mit den Steuern bezahlt werden. Bevor über eine Steuersenkung diskutiert werden kann, steht für sie eine Reduktion der Schulden im Vordergrund. Es muss unbedingt vermieden werden, bei den steigenden Zinsen Geld aufnehmen zu müssen. Ziel 4 ist in ihrem Sinn, Ziel 5 macht die Stadt lebenswerter. Ziel 6 macht die Stadt attraktiver, jedoch braucht es dazu auch zahlbaren Wohnraum. Bei Ziel 7 hoffen sie, dass es gelingt, den Verkehrsknoten zu lösen. Ziel 8 hängt wiederum mit Ziel 7 zusammen: Wenn man Verkehr reduzieren will, muss Thun im Bereich Fuss- und Veloverkehr attraktiver werden und dazu braucht es dringend neue Projekte. Zur Weiterentwicklung des ESP Thun ist er vollkommen mit dem Gemeinderat einig, dass die aktuelle Situation keine Visitenkarte ist und etwas gehen muss. Die aufgeführten Ziele zum Klimawandel teilt die SP-Fraktion, ist aber nicht sicher, ob sie reichen. Sie nehmen Kenntnis von den Zielen und sind gespannt, wie hoch der Realisierungsgrad der einzelnen Ziele sein wird.

Daniela Huber Notter, **Fraktion FDP/Die Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die ausgezeichnete Dokumentation, die sich sehr süffig liest. Ihre Fraktion wünscht sich ambitioniertere Ziele oder sogar Visionen. Auch ist ihnen nicht klar, wie die Ziele gemessen werden sollen. Die Fraktion FDP/Die Mitte nimmt die Ziele zur Kenntnis.

Der Stadtpräsident dankt dem Rat für die gute Aufnahme. Der Gemeinderat hat das Problem der Biodiversität erkannt und eine Stelle dafür geschaffen. Der zuständige Vorsteher im Tiefbauamt hat sehr gut und plausibel dargelegt, dass es sich um eine Daueraufgabe handelt. Der Gemeinderat sieht das Problem und es ist ihm ein Anliegen. Zur Messbarkeit der Ziele betont er, dass es nicht überall so einfach ist, klare Ziele zu formulieren. Beim Steuerfuss beispielsweise wäre es aus ihrer Optik verfrüht, eine klare Zahl zu nennen. Es soll dann zu einem späteren Zeitpunkt ein fundierterer Antrag unterbreitet werden, nachdem die Grundlagen geschärft werden konnten. Über den Fuss- und Veloverkehr hat sich der Gemeinderat intensiv ausgetauscht, gerade bei Ziel 8 sieht er verschiedenste konkrete Massnahmen. Er weist den Stadtrat jedoch darauf hin, dass dem Tiefbauamt immer mehr Aufträge zufließen, ohne dass die aktuellen Projekte fertig umgesetzt werden können. Dort müssen die Ressourcen gut und klug eingesetzt werden. Das Thema Gemeindefusionen ist äusserst heikel mit verschiedensten Befindlichkeiten, deshalb ist man etwas zurückhaltender geworden. Es findet aber weiterhin ein Dialog mit den umliegenden Gemeinden statt, im November wird über die künftige Entwicklung gesprochen. Zum genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau verweist er auf die Wohnstrategie. Selbstverständlich sind dies wichtige Themen, doch es besteht in allen Segmenten ein Mangel an Wohnungen. Es ziehen teilweise Familien weg in

Nachbargemeinden, wo das Mietzinsniveau sogar höher ist als in Thun. Das sagt uns, dass das Problem nicht für alle die Höhe der Mietzinse ist, sondern v.a. der fehlende Wohnraum. Deshalb hat der Gemeinderat das Ziel, ganz allgemein Wohnraum zu schaffen.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 und 44 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 17. Mai 2023, beschliesst einstimmig:

Von den Legislaturzielen 2023-2026 des Gemeinderates wird Kenntnis genommen.

62. Postulat P 03/2023 betreffend steigende Wohnkosten und Konsumentenpreise, Entlastung auf kommunaler Ebene

Marc Fritschi (Parteilos) vom 20. Januar 2023; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron vermutet bei Stadtrat Fritschi, der eine Fragestunde eingereicht hat, eine Unzufriedenheit. Genannt werden bei dem Titel, wo es um steigende Wohnkosten und eine Entlastung auf kommunaler Ebene geht, drei Ziffern. Die ersten zwei Ziffern verlangen einen Bericht, die dritte ist ein Prüfauftrag. Die Nutzung der parlamentarischen Instrumente ist auch eine Frage der Erfahrung, welches das richtige Instrument ist. Sie macht auf die Unterschiede zwischen einer Interpellation und einem Postulat aufmerksam, da die Ziffern 1 und 2 Interpellationscharakter haben. Der Gemeinderat kann nicht generell bei einem Postulat bereits die Umsetzung des Prüfauftrags liefern. Das kann es geben, wenn der Prüfauftrag so wenig Aufwand generiert, dass er bereits als erfüllt angeschaut werden kann. Es ist hier aus zwei Gründen so, dass der Gemeinderat keine Annahme empfiehlt: Der Gemeinderat erachtet die Forderung, dass die Liegenschaftssteuer an den Rechnungsabschluss gekoppelt werden soll, als nicht richtig. Ein Budget ist ein Blick nach vorne. Andererseits würde die Erfüllung der Forderung auch dem übergeordneten Recht widersprechen. Inhaltlich will der Gemeinderat das Anliegen deshalb nicht prüfen. Wenn man ausserdem davon ausgeht, dass die ersten zwei Ziffern die Grundlage liefern sollen, ist sie gespannt zu hören, was die Überlegungen sind und wie die Beurteilung der Abschlüsse von vor 43 Jahren dabei helfen sollen, ein Budget zu erstellen. Auch würde der Gemeinderat es als zielführender erachten, die Steueranlage generell zu überprüfen, damit alle davon profitieren könnten. Die Beurteilung, wie viel drin liegen würde, wird der Gemeinderat bei der Betrachtung der aktuellen Situation machen. Zu diesem Zeitpunkt könnte auch ein seriöser Antrag vorgebracht werden, doch nicht im Bereich der Liegenschaftssteuer.

Marc Fritschi (Parteilos) möchte dem Gemeinderat eigentlich für die Beantwortung seiner Fragen danken, jedoch wurden sie nicht beantwortet. Er hätte sich zum Vergleich Zahlen in tabellarischer Form gewünscht. Der Gemeinderat schreibt jedoch, er wolle wegen grossem Arbeitsaufwand die Zahlen nicht aufschreiben. Stadtrat Fritschi kennt den Unterschied zwischen einem Postulat und einer Interpellation und hat auch schon gesehen, dass der Gemeinderat einfache Zahlen in einer Postulatsantwort aufgeführt hat. Für ihn ist das seitens des Gemeinderats keine Arbeitsverweigerung, eher eine Gesprächsverweigerung. Er hat die Zahlen selbst nachgeschlagen und musste sich einlesen, weshalb er mehr als anderthalb Stunden brauchte. Auch bei der Energie Thun AG hat er zwei Zahlen eingeholt und den Vergleich der Steuereinnahmen mit dem Budget für die Fragestunde zusammengestellt. Die Liegenschaftssteuer macht heute etwa 8 Prozent der gesamten Steuern aus. Im Verhältnis zu den Wasser- und Abwassergebühren hat sie sich massiv verteuert. 1980 war sie nicht halb so hoch wie diese Gebühren, heute ist sie etwa gleich hoch – einfach ohne Gegenleistung. Die Gesamtsteuereinnahmen sind massiv gestiegen. Der Rückgang der Gesamtsteuereinnahmen von 2000 zu 2010 erklärt sich aus dem Finanz- und Lastenausgleich. Damals sind sieben Steuerzehntel – mit entsprechenden Aufgaben – an den Kanton übergegangen. Ohne diese Verschiebung wäre die Steuerlast 2010 bei 110 Mio. und 2020 bei 130 Mio. Franken angefallen. Die Steuern der natürlichen Personen haben sich also in vierzig Jahren verdreifacht. Die Gebühren haben sich in der

gleichen Zeit um den Faktor 2.5 erhöht. Die Liegenschaftssteuern hingegen haben sich fast um das Fünffache erhöht. Das wären die umfangreichen Abklärungen, die der Gemeinderat nicht tätigen wollte. Stadtrat Fritschi zieht Punkte 1 und 2 des Antrags zurück. Der Gemeinderat hat nämlich insofern Recht, als dass Punkt 3 der wichtigste ist. Er bestreitet nicht, dass es für die Liegenschaftsteuer keine Rechtfertigung gibt. Alle mit dem Grundeigentum verbundenen Kosten werden heute als Abschöpfungen, Erschliessungspläne, Gebühren, Beiträge und andere kreative Kosten abgeschöpft. Dennoch hat sich die Liegenschaftsteuer im Verhältnis zu den Gebühren verdoppelt. Der Gemeinderat schreibt, das Postulat sei irreführend und es sei keine Entlastung, wenn man die durchschnittlich 437 Franken Liegenschaftsteuer nicht bezahlen müsse. Die Einwohner von Thun sehen das vielleicht anders. Immerhin räumt der Gemeinderat ein, dass die Liegenschaftsteuer fakultativ ist – obwohl sie in der Jahresrechnung unter den obligatorischen Steuern aufgeführt ist. Stadtrat Fritschi schlägt vor, das Bezahlen der Liegenschaftsteuer fakultativ zu machen. Fünf Gemeinderäte mit ihren stolzen Löhnen zahlen sie offenbar gern und können das weiterhin tun. Irreführend ist die Antwort des Gemeinderats: Er tut so, wie wenn das Postulat einen gesetzeswidrigen Automatismus zur Senkung der Liegenschaftsteuer fordern würde. Stadtrat Fritschi hat selbst das Anwaltspatent gemacht und zehn Jahre als Bereichsleiter Gesetzgebung bei der Steuerverwaltung gearbeitet. Das heutige Steuergesetz hat er verwaltungsintern vorbereitet, kompiliert, redigiert und kommentiert. Er weiss, dass die Steueranlage inkl. Liegenschaftsteuer jedes Jahr vom zuständigen Organ festgelegt wird. Mit dem Postulat will er nicht das Steuergesetz ändern und auch nicht die Zuständigkeiten – er hat einzig vorgeschlagen, dass der Gemeinderat dem Stadtrat bei künftigen Budgets eine Reduktion vorschlägt, wenn mehr Steuern bezahlt als budgetiert wurden. Der Stadtrat muss dann entscheiden, ob er eine Steuersenkung vors Volk bringen will. Er selbst hätte bei einer Steuersenkung nicht Angst vor einer Volksabstimmung. 2022 hat die Stadt neun Mio. Franken mehr Steuern eingenommen, als sie budgetiert hatte. Die Liegenschaftsteuer kostete rund 12 Mio. Franken. Dann brachte der Gemeinderat noch die Geiz- und Neidthese vor, dass 37.2 Prozent der Liegenschaftsbesitzer keine Thuner seien. Dabei handelt es sich v.a. um Pensionskassen und Versicherungen, die unsere Vorsorgegelder verwalten, und um Firmen, die hier Arbeitsplätze schaffen. Sie haben sowohl Thuner Gebühren bezahlt als auch ihren Liegenschaftsertrag hier versteuert. Damit sind wir endlich beim eigentlichen Thema, dass die Liegenschaftsteuer zu allem hinzu eine Doppelbesteuerung ist. Jeden Franken, den wir verdienen, versteuern wir. Wenn Ende Jahr noch etwas übrigbleibt, versteuern wir ihn erneut als Vermögen. Das Jahr darauf nochmals, was zu einer elfmaligen Besteuerung in zehn Jahren führt. Wenn dazu noch eine Liegenschaft kommt, werden jedes Jahr auch noch 437 Franken bezahlt. Einundzwanzigmal Steuern zahlen in zehn Jahren – das scheint den Gemeinderat nicht zu stören. Mit der Senkung oder Abschaffung der Liegenschaftsteuer könnte man Wohnkosten reduzieren. Das Postulat verlangt einzig eine Prüfung der Sachlage durch den Gemeinderat. Deshalb versteht Stadtrat Fritschi nicht, wie man seinen Prüfauftrag ablehnen kann.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, erfreut sich an historischen Häusern in der Stadt und an der Tatsache, dass sich das Steuereinkommen infolge gesellschaftlicher Entwicklung, Bautätigkeiten etc. massiv verbessert hat. Den Vorschlag von Stadtrat Fritschi findet er untauglich, wenn man das Wohl der Mieterinnen und Mieter im Auge hat. Tiefe Steuern führen nämlich zu höheren Mieten, Beispiele findet man in der Zentralschweiz. Es sollte stattdessen auf wirkungsvolle Instrumente gesetzt werden. Leider gibt es keinen Kontrollmechanismus der Mieten mehr. Man sollte sich für gemeinnützigen Wohnbau einsetzen, Vorkaufsrechte der Kantone und Gemeinden für Privatliegenschaften und ein starkes Mietrecht. Die SP-Fraktion ist für wirkungsvolle Kostensenkungsmassnahmen und lehnt das Postulat ab.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne**, sieht in dem Vorstoss mit dem reisserischen Titel eher einen Sturm im Wasserglas mit viel Verwaltungsaufwand bis hin zu jährlichen Volksabstimmungen und bezweifelt dessen effektive Wirkung. Abgesehen davon scheint es seiner Fraktion grundsätzlich fragwürdig, den Steuersatz an ein Rechnungsergebnis zu koppeln. Dass die Liegenschaftsteuer eine Art Vermögenssteuer darstellt, sehen sie nicht als Problem. Die Fraktion Grüne lehnt den Vorstoss geschlossen ab.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, dankt dem Gemeinderat für seine umfangreiche Antwort. Beim Postulat handelt es sich auf den ersten Blick um eine sympathische Idee zur Entlastung der Steuerzahler. Jedoch reduziert sie sich auf die Liegenschaftssteuer. Eine Senkung dieser Steuer bringt keine Senkung der Wohnkosten für die Mieter – dieser Zusammenhang ist rein theoretisch. Seine Fraktion ist klar für eine generelle Steuersenkung. Somit ist die Antwort des Gemeinderats schlüssig und stringent. Doch im letzten Abschnitt hat er eine Drohung entdeckt: Dass bei einer Annahme des Postulats nicht an der generellen Steuersenkung weitergearbeitet werde. Trotz dem unschönen Schluss folgt die Fraktion FDP/Die Mitte dem Gemeinderat.

Gemeinderätin Andrea de Meuron möchte einige Punkte richtigstellen. Stadtrat Fritschi hat behauptet, die Steuern hätten sich verdreifacht. Hierzu hat Stadtrat Schori korrekterweise auch die anderen Faktoren aufgeführt, welche massgebend sind, so z.B. den Referenzzinssatz. Dieser ist viel belastender als die Liegenschaftssteuer. Sie stellt weiter richtig, dass die 437 Franken der Betrag sind, der durchschnittlich bezahlt wird. Stadtrat Fritschi sagte, so viel müsste man bei einer Abschaffung der Steuer weniger bezahlen. Auch die Aussage zu den Steuerzahlungen der Pensionskassen ist nicht richtig: Pensionskassen sind steuerbefreit. Zuletzt betont sie, dass es mitnichten im Sinn des Gemeinderats ist, Drohungen auszusprechen – damit würden sie sich sehr missverstanden fühlen. Es ist aber eine Tatsache, dass die personellen Ressourcen knapp sind und die Möglichkeiten beschränkt.

Marc Fritschi (Parteilos) sieht eine Ablenkung von der Hauptfrage. Niemand im Saal hat behauptet, die Liegenschaftssteuer habe eine Rechtfertigung – denn es gibt schlichtweg keine. Es gibt auch Versicherungen, welche unsere Vorsorgegelder verwalten, die nicht steuerbefreit sind. Dass sich die Grünen an einer Doppelbesteuerung nicht stören, spricht noch lange nicht dafür. Er hatte bei der Diskussion das Gefühl, dass aneinander vorbeigeredet wurde. Er hat einen Vorgehensweg aufgezeigt, der nicht per se eine Abschaffung der Liegenschaftssteuer verlangt und der berücksichtigt, dass die Gemeinde die Hypothekenzinsen nicht beeinflussen kann. Er ist etwas enttäuscht, wenn er von ehemaligen Parteikollegen hört, dass sie nicht mal seinen Prüfauftrag als Postulat überweisen wollen. Deshalb bittet er den Rat, das Postulat nochmals zu lesen und die Chance zu ergreifen, die Steuerzahler von der ungerechten Doppelbesteuerung zu entlasten.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt Ziffer 3 des Postulats mit 26 : 3 Stimmen bei 8 Enthaltungen als nicht erheblich.

Sitzungsunterbruch bis 19:25 Uhr

61. UEFA Women's Euro 2025

Schweizer Kandidatur für die Frauen Fussball Europameisterschaft 2025. Bewilligung eines Rahmenkredits von 3'650'000 Franken für die Beteiligung der Stadt Thun als Host City

Der Stadtratspräsident begrüsst die anwesenden Gäste, erläutert die Regeln im Stadtratssaal und bittet alle um Mithilfe zur Durchführung einer fairen Debatte.

Fritschi Marc (Parteilos) stellt den Antrag, auf das Geschäft nicht einzutreten. Er möchte seinen Antrag begründen.

Der Stadtratspräsident unterbricht ihn und bittet ihn, vorerst lediglich seinen Antrag zu stellen.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch ist der Auffassung, dass das Geschäft hinlänglich vorbereitet ist und der Rat darüber debattieren sollte. Sie lehnt den Antrag ab.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, möchte die Eintretensdebatte führen und unterstützt den Rückweisungsantrag des Gemeinderats nicht.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, betont die hohe Bedeutung des Geschäfts für die Stadt und den Frauensport. Seine Fraktion beantragt das Eintreten.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, will mit seiner Fraktion auf das Geschäft eintreten. Er sieht es jedoch als Gebot der Fairness, dass man die Gelegenheit haben sollte, einen Rückweisungsantrag begründen dürfen sollte.

Fritschi Marc (Parteilos) zieht den Vergleich zum Orientierungslauf, bei dem die Schweizerinnen auch sehr erfolgreich sind, sich jedoch nie anmassen würden, von einer Stadt eine Vorfinanzierung ihrer Party zu verlangen. Es geht hier nicht für oder gegen jemanden, sondern darum, dass die Stadt Thun für einen multinationalen Konzern mit fünf bis sechs milliarden Euro Umsatz und ausgewiesenen Reserven von 500 Millionen Euro ein Fest vorfinanzieren soll. Dass die Spiele etwas kosten, weiss die UEFA. Er versteht nicht, dass der Gemeinderat Geld verspricht. Auch Gelder von Kanton und Bund sind Steuergelder. Deshalb beantragt er das Nichteintreten.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch betont, dass es Stadtrat Fritschi freisteht, das Geschäft abzulehnen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat tritt grossmehrheitlich auf das Geschäft ein.

Bericht des Gemeinderates 14/2023

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch hat noch nie einen solch fulminanten Empfang gesehen wie heute vor dem Rathaus. Sie gratuliert der Thuner Sportwelt dafür und dankt ihr für ihr grosses Engagement, um Thun zu einer Sportstadt zu machen. Nicht nur die Stadt Thun hat die Einladung bekommen, die Euro 2025 durchzuführen: Bern, Basel, Zürich, Luzern und St. Gallen haben die Einladung des schweizerischen Fussballverbands bereits angenommen und ihre Parlamente die Finanzierung beschlossen. Thun kann nun als sechste Stadt Teil dieses attraktiven Grossanlasses werden. Vor zwölf Tagen hat das Frauenteam Berner Oberland den Aufstieg in die erste Liga, die Women's Super League, geschafft. Sie freut sich, dass Thun dadurch auf der Schweizer Fussballkarte eingezeichnet wurde. Genauso kann der Stadtrat unsere Stadt heute Abend auf der Europakarte einzeichnen. Der Gemeinderat hat die Einladung bereits angenommen und ans Parlament weitergeleitet. Klar gibt es auch Risiken und zahlreiche Herausforderungen, begonnen mit dem heutigen Rahmenkredit, da das Projekt erst in groben Zügen bekannt ist. Es ist zugegebenermassen schwierig, auf Basis der begrenzten Informationen einen Entscheid zu fällen. So wurde das Instrument des Rahmenkredits in dieser Form in den letzten 10 Jahren gar nie gebraucht. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass Grossanlässe immer einen Fussabdruck hinterlassen – insbesondere die Reisetätigkeit. Mit einem Nachhaltigkeitskonzept soll die Euro 2025 so ökologisch wie möglich durchgeführt werden. Das entsprechende Konzept wird zusammen mit Bern erarbeitet, mit anderen Städten und dem Bund abgestimmt. Das ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür, dass der Bund Gelder spricht. Die UEFA schreibt weiter vor, dass die Euro auf Naturrasen gespielt werden muss. Das bedeutet, dass der Kunstrasen in der Stockhorn-Arena durch einen Naturrasen ersetzt werden muss. Der Zeitpunkt dafür ist optimal, da der Kunstrasen 2025 ohnehin sein Lebensende erreicht. Sie räumt ein, dass der Betrag von 3.65 Mio. Franken sehr hoch ist, jedoch auch grosszügig budgetiert wurde. Aufgrund von Erfahrungen mit anderen internationalen Sportanlässen, welche auch national abgestützt waren, wird die Beteiligung von Bund und Kanton etwa je einen Drittel betragen. Somit ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Stadt Thun aus der Sicht des Gemeinderats vertretbar. Der Gemeinderat erachtet diesen attraktiven Grossanlass als Chance. Es geht dabei um viel mehr als um drei Spiele in der Stockhorn Arena. Die Euro wird in zwei Jahren in der Schweiz stattfinden – mit oder ohne Thun. Der Gemeinderat will Teil dieses internationalen Anlasses mit Ausstrahlung nach ganz Europa sein, und sieht diesen als einmalige Gelegenheit, sich mit anderen Städten

zu vernetzen. Mit der Stockhorn Arena ist eine bestens geeignete Infrastruktur vorhanden, in der schon etliche Nati-Spiele stattgefunden haben. Thun und Umgebung können sich durch die mediale Berichterstattung als Tourismusdestination einem breiten Publikum präsentieren. Auch der Kanton wird von den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern profitieren. Thun kann sich als vielseitige Sport- und Kulturstadt, als attraktive Freizeitstadt und gute Gastgeberin positionieren, was bereits mit dem Iron Man sehr erfolgreich geschieht. Es wird ein ca. vierwöchiges Fest stattfinden, zu dem die ganze Bevölkerung eingeladen ist. Sie erwartet ein friedliches und sozial bedeutendes Fest, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenkommen. An der letzten EURO in England waren 75 Prozent der Zuschauer Familien. Nebst alldem ist die Euro sehr wichtig für die Förderung des Sports. Sie kann junge Menschen inspirieren und ganz allgemein die Begeisterung für sportliche Betätigung und Bewegung fördern. Auch ist sie ein Booster für mehr Gleichstellung im Sport. Die Rahmenbedingungen für Mädchen und Frauen im Sport sollen nachhaltig verbessert werden. Der schweizerische Fussballverband spricht von zehn Jahren Beschleunigung durch die Frauen-Euro. Die Wirkung wird sich auf andere Sportarten übertragen. Die Sichtbarkeit und Nahbarkeit von weiblichen Vorbildern im Sport ist bedeutend, um die Gleichberechtigung vorwärtszubringen. Sie denkt dabei an die Nati-Spielerin und Champions League-Spielerin Ana Maria Crnogorčević aus Steffisburg. Auch lokales Gewerbe wird von dem Anlass profitieren können. Die Wertschöpfung wird insbesondere in der Gastronomie, der Hotellerie und im Detailhandel gross sein. Schätzungen für den ganzen Anlass in der Schweiz gehen von 65 bis 75 Mio. Franken aus. Sämtliche Veranstaltungen im Rahmen der Euro sollen grundsätzlich an lokale Anbieter und Unternehmer vergeben werden, wie das bereits bei der Euro 2008 in Bern weitestgehend funktioniert hat. Sie kann sich vorstellen, dass der Stadtrat in einem Dilemma ist. Auch der Gemeinderat hat äusserst intensiv diskutiert. Entscheidungsprozesse beinhalten immer ein gewisses Mass an Risiko. Auch dieser Entscheid basiert auf begrenzten Informationen, weil es anders nicht möglich ist – wie in einem Unternehmen, das über eine Idee entscheiden muss. Erst nach Fällen des Entscheids und Umsetzen der Idee kann man Bilanz ziehen. Besonders zu honorieren gilt es, dass der Entscheid von Bund und Kanton mitgetragen wird. Aus Sicht des GR überwiegen Chancen, deshalb empfiehlt sie das Geschäft zur Annahme.

Nina Siegenthaler, **SAKO BiSK**, berichtet von der SAKO-Sitzung, an der die Mitglieder viele Fragen zum Rahmenkredit an die Verwaltung stellten. Da noch vieles bezüglich Gestaltung und Durchführung rund um die drei Gruppenspiele unklar ist, ist und bleibt es schwierig, operative Fragen zum Anlass zu beantworten. Alle Host Cities sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, strategische Entscheide mit vielen Unbekannten fällen zu müssen. An der SAKO-Sitzung wurden v.a. Fragen zu den voraussichtlichen Leistungen der Stadt Thun besprochen. Für das Projektleitungs- und Organisationskomitee sind 400'000 Franken Beiträge angedacht, inkl. eine befristete Stelle. Die befristete Stelle wird nicht im Stellenplan der Stadt erscheinen. Im Herbst soll dazu mehr bekannt werden. Zur Bereitstellung der Stockhorn-Arena sind 550'000 Franken vorgesehen. Der FC Thun stellt das Stadion zur Verfügung. Die Stadt zahlt den von der UEFA vorgeschriebenen Naturrasen, nicht aber den Kunstrasen, der nach dem Turnier neu eingesetzt wird – der geht dann zulasten des FC Thun. Beide Rasenwechsel könnte der FC nicht finanzieren. Bezüglich Bereitstellung weiterer Rasenfelder wird einerseits das Stadion Lachen zur Verfügung gestellt, andererseits sollen bei den Logierorten weitere Trainingsmöglichkeiten vorhanden sein. Die Stadt wäre Host City für vier Teams. Während zwei Wochen finden drei Gruppenspiele statt, was gut umsetzbar wäre. Mit dem aufgeführten Aufwand von 100'000 Franken werden auch Kosten für Optimierung, Sicherheitsvorkehrung etc. gedeckt, die auch längerfristig den Thuner Rasenspielfeldern zukommen, z.B. beim FC Rot-Schwarz. Auch hinsichtlich der Begleitanlässe und Rahmenaktivitäten während des Anlasses wird die Förderung von Mädchen- und Frauenfussball priorisiert und soll in den 300'000 Franken entsprechend berücksichtigt werden. Bei der Gäste- und Fanbetreuung für 400'000 Franken geht es um die Bereitstellung von Informationsstellen, Signalisationen, Freiwilligen, Sport kombiniert mit Kultur, Unterkunftsmanagement, Catering und einem vierwöchigen Fest. Die Stadt soll sich von ihrer besten Seite zeigen, damit sich die Besucher hier wohl fühlen und immer gerne wiederkommen. Auch Thunersee Tourismus stellt Ressourcen für die Vermarktung zur Verfügung. Zu den Massnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit sind weitere 100'000 Franken aufgeführt. Da wird man sich an die gesetzlichen Vorgaben halten und ein übergeordnetes Konzept erarbeiten. Ergänzend angesprochen wurde seitens SAKO, dass die umliegenden Gemeinden

ebenfalls von diesem Grossanlass profitieren werden und dementsprechend miteinbezogen werden sollten. Dies wird nicht erfolgen, da Thun mit seiner Zentrumsfunktion für diese Funktion vom Kanton entschädigt wird. Unterstützung erhält die Stadt von Bund und Kanton. Die Städte arbeiten mit Bund und Kanton eng zusammen. Rückblickend fanden mehrere Sitzungen mit allen Betroffenen, inkl. dem schweizerischen Fussballverband und der UEFA, statt. In der SAKO haben die Mitglieder Antworten erhalten, die sie zuerst in die Fraktionen tragen und dort klären wollten. Deshalb verzichtete die SAKO zu diesem Zeitpunkt darauf, eine SAKO-Empfehlung zugunsten des Rats zu formulieren, und beschränkte sich darauf, die Inhalte der Diskussion wiederzugeben. Dieser Entscheid wurde einstimmig gefällt.

Allgemeine Umfrage

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, betont, dass der Stadtrat als Stellvertretung der Bevölkerung in diesem Saal sitzt. Mit dem grossen Empfang vor dem Rathaus und der Anwesenheit im Saal bringen viele Leute zum Ausdruck, was sie heute vom Rat erwarten. Sie räumt ein, dass der vorliegende Rahmenkredit nach wie vor viele Fragen offenlässt. Ein Grossanlass der milliarden schweren UEFA berechtigt zu vielen kritischen Fragen und Antworten. Dem gegenüber stehen Begeisterung, Aufbruchstimmung, Erwartungen und Chancen. Der schweizerische Fussballverband hat Austragungsorte ausgewählt, die dem Frauen-Nationalteam bereits Hand geboten haben und sich für Frauenfussball begeistern. Thun kann dem Frauenfussball eine würdige Bühne bieten. Die Frauen-Fussball-EM ist eine Chance in Sachen Frauenförderung bis hin zur Gleichstellung – im Fussball wie auch in anderen Sportarten. Die SP-Fraktion stimmt dem Rahmenkredit zu.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ging es ähnlich wie der zuständigen Gemeinderätin: Er ist seit über zwölf Jahren im Stadtrat, wurde aber heute erst zum zweiten Mal mit Applaus begrüsst. Die UEFA Women's Euro 2025 hat im Vorfeld der parlamentarischen Verhandlung bereits sehr hohe Wellen geworfen. Obwohl sich in der Öffentlichkeit bisher niemand negativ zu dem Anlass geäussert hat, wurde hinter vorgehaltener Hand sehr viel Kritik an dem Projekt geäussert. Demzufolge muss von einem politisch heiklen Geschäft ausgegangen werden. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht klar, ob in Thun überhaupt gespielt wird oder nicht. Erst mit der Schlussabstimmung zu dem Kreditgeschäft wird Klarheit geschaffen. Der Gemeinderat hat sowohl am 22. September 2022 als auch in der gemeinsamen Medienmitteilung der Stadt Thun und des FC Thun vom 4. April 2023 erwähnt, dass der notwendige Kredit noch durch den Stadtrat genehmigt werden muss. Allerdings beschleicht ihn das Gefühl, dass es sich bei der Kreditgenehmigung um eine mehr oder weniger unbestrittene Pflichtübung handelt. Die Unterlagen, welche dem Stadtrat zur Verfügung gestellt wurden, sind zwar umfangreich, aber wenig aufschlussreich und teils sogar widersprüchlich. Die in den letzten Tagen in den SAKOs und den Fraktionen geführten Diskussionen lassen eine gewisse Skepsis spüren. Er könnte sich jetzt in aller Länge über die angesprochenen Unterlagen, die Art und Weise der gemeinderätlichen Kommunikation und über Sinn oder Unsinn eines solchen Grossanlasses äussern. Im Sinn der Sache und eines zielführenden Torschusses will er jedoch nicht lamentieren. Die UEFA Women's Euro 2025 wäre der grösste Frauenförderungsanlass im Bereich Sport, den Thun je gesehen hat. Die SVP Thun will, dass der Anlass stattfindet und die Förderung des Frauenfussballs aktiv vorangetrieben wird. Es ist aber zumindest unschön, dass der Rat einen Bruttokredit bewilligen soll. «Thun, die Sportstadt» – ja, aber nicht zu jedem Preis. Wie kann der Vorbehalt einer wesentlichen finanziellen Unterstützung durch Bund und Kanton noch geschärft werden? Stadtrat Aegerter hat in seinem Änderungsantrag das Ziel formuliert, den Kostenbeitrag der Stadt Thun mit der folgenden Begründung verbindlich zu plafonieren: Der vorliegende Brutto-Rahmenkredit von 3.65 Mio. Franken soll nur unter dem Vorbehalt bewilligt werden, dass sich sowohl Bund als auch Kanton im Umfang von zusammengerechnet mind. zwei Dritteln der Gesamtkosten beteiligen. Unter den Gesamtkosten versteht er die Kosten, welche durch die öffentliche Hand zu tragen sind – also nicht die 3.65 Mio. Franken, sondern die Kosten, die gemeinsam durch die öffentliche Hand zu tragen sind. Es wird sichergestellt, dass die Stadt Thun im Verhältnis nicht mehr Steuergelder aufwenden muss als die anderen beiden öffentlichen Trägerschaften einzeln. Dem Gemeinderat bleibt mit diesem Vorbehalt trotzdem noch ein gewisser Verhandlungsspielraum. Eine monetäre Deckelung würde eine weitergehende Einengung des Gemeinderats bedeuten, was nicht sinnvoll wäre.

Gegen die UEFA anzukämpfen zu wollen, ist absolut sinn- und zwecklos, auch wenn es gewisse Gründe dazu geben würde. Hier gilt jedoch der Grundsatz «Take it or leave it». Er hat die Hoffnung, dass der Gemeinderat mit dem Bruttokredit äusserst sorgsam umgehen wird und dass die Gesamtkosten auch unter Berücksichtigung der eingebauten Reserven möglicherweise unter 3 Mio. Franken bleiben würden – also nur das Notwendige, nicht auch noch das Wünschbare umgesetzt wird. Er bittet den Rat um eine positive Würdigung seines Änderungsantrags. Er geht persönlich davon aus, dass sich mit dem Anlass aus wirtschaftlicher, touristischer, gesellschaftlicher und sportlicher Sicht die einmalige Gelegenheit bietet, die Stadt nachhaltig weiterzubringen. Jungen Sportlerinnen, der Wirtschaft und dem Tourismus würden sich Perspektiven öffnen. Obwohl noch immer Fragen zum Kredit offen sind, sollte der Rat nach dem Motto «Mut zur Lücke» nach vorne schauen. Die SVP-Fraktion wird den Kreditantrag unter Vorbehalt der Genehmigung seines Antrags einstimmig annehmen.

Barbara Lehmann Rickli, **Fraktion FDP/Die Mitte**, weist auf das Vorgehen und die Kommunikation hin, welche ihrer Ansicht nach ein *fait accompli* geschaffen hat. Das Kleingedruckte, vorbehältlich der Zustimmung des Stadtrats, ist lediglich das juristische Feigenblatt. Selbst wenn man vorhandene Ressourcen nicht vorzeitig binden will, überzeugt das nicht wirklich. Oftmals wird gearbeitet und dann stellt sich heraus, dass es umsonst war – gerade in der Politik. Hier handelt es sich um viel Geld und vieles ist unklar. Gemeinderätin Ali-Oesch sagte zwar, es sei grosszügig budgetiert worden. Doch reicht das dann wirklich? Das im Stadtratsbeschluss vorgelegte Budget wirkt sehr rudimentär und es ist fraglich, ob da wirklich an alles gedacht wurde. Selbst über die Nachhaltigkeit kann man sich streiten. Kommt die grosse Menge an Menschen nicht einfach ausschliesslich für die Spiele nach Thun? Sie selbst ging noch nie extra eine Region besuchen, nur weil dort früher irgendwelche Spiele stattfanden. Irritiert hat sie auch, dass im Stadtratsbeschluss zu lesen ist, ein Ressourcenausbau in der Stadtverwaltung sei allein wegen des Anlasses nicht vorgesehen. Sie fragt sich, wie die Verwaltung diesen Riesenanlass neben ihren laufenden Aufgaben stemmen will. Die andere logische Erklärung wäre, dass ohne Euro 2025 zu viel Personal angestellt wäre. Immerhin hat Stadträtin Siegenthaler eingeräumt, dass eine zusätzliche Person angestellt werden soll. Eigentlich will ihre Fraktion dem Anlass nicht im Weg stehen, doch es kommt ihr vor wie in der Kirche: Man ist unwissend, hat aber Hoffnung und Glauben. Die Fraktion FDP/die Mitte wird das Geschäft mit dem Abänderungsantrag von Stadtrat Aegerter annehmen.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, finden den Druck durch die Anwesenheit von zahlreichen Gästen und durch die Presse durchaus berechtigt, da es sich um ein sehr wichtiges Thema handelt. Es gilt Haltung bewahren für unsere Werte, die Ökologie und die soziale Gerechtigkeit. Für soziale Gerechtigkeit und gegen Diskriminierung gingen am gestrigen Tag hunderttausende Menschen auf die Strasse. Die Diskriminierung ist im Mädchen- und Frauenfussball exemplarisch: Auch wenn sie sensationell spielen, bekam das hiesige Frauenfussballteam für seinen Sieg weder die Stockhornarena noch eine Freinacht oder eine Titelseite. Dies ist bei allen Sportarten gleich. Auch bei der Verteilung der Gelder (Spielerinnenentschädigungen, Beiträge der UEFA und der Verbände, Live-Übertragungen in TV und Radio) bekommen Frauen deutlich weniger Zeit, Platz und Geld – ausser, es geht wie heute um sehr viel Geld. Dann gibt es in der Presse plötzlich eine Titelseite. Nicht die Leistung zählt, sondern das Geld. Trotz gleichen oder besseren Resultaten, als sie die Männer erzielen – wie z.B. in Thun – mangelt es im Frauensport an vielem, und das macht sie hässig. Vermeintlich geht es heute Abend um sehr viel Geld und Prestige, aber es sollte um die Unterstützung des Mädchen- und Frauenfussballs gehen. Möglicherweise ist der einmalige Grossanlass für die Thuner Wirtschaft und den Tourismus förderlich, aber das sollte nicht im Mittelpunkt stehen. Es gibt keine verbindlichen Zahlen; es sind Bilder, die nachhaltig sind für eine Stadt. Es gibt in Thun viele Grossanlässe wie z.B. den Iron Man, welche wunderbare Bilder in die Welt schicken und nachhaltig für die Stadt sind. Bei der Bekanntgabe der Bewerbung im Herbst 2022 war noch sehr vieles unklar. Damals rechnete man damit, etwas besser erläutert zu bekommen, wie genau der hiesige Frauenfussball unterstützt werden soll und welcher Betrag tatsächlich in die Förderung fliessen soll. Auch wurde bisher nicht erklärt, wie viel der Bund, der Kanton und Dritte wie die milliardenschwere UEFA an den Anlass zahlen. Es kann nicht sein, dass der kleinste Player entscheiden soll, was die grossen Player eventuell für Geld sprechen. Obwohl es versprochen wurde, gibt es kein Konzept über ökologische Massnahmen wie

die Auswirkungen auf die Klimastrategie und den CO₂-Ausstoss. Bis heute gelang es nicht, bindende Massnahmen zu deklarieren. Zu viel ist zu schwammig formuliert. Ihrer Fraktion ist es enorm wichtig, dass heute gemachte Versprechen nicht einfach unter einen neu verlegten Rasenteppich gewischt werden. Der Wechsel von Kunst- auf Naturrasen – wobei unklar ist, ob es sich um Rollrasen oder neu angesäten Rasen handeln wird – ist für die Grünen abgesehen vom ökologischen Impact ein Problem, da über eine halbe Million Franken für gerade mal drei Spiele veranschlagt werden. So viel Geld in so kurzer Zeit ist Verhältnismwahnsinn! Schon nur deshalb würde eine Minderheit ihrer Fraktion das Geschäft eigentlich ablehnen. Die Grünen brauchen heute verbindliche Zusagen und eine klare finanzielle Ansage. Irgendwelche angekündigten Fördermassnahmen für den Frauensport, von denen niemand so recht weiss, wo sie dann hinfließen, könnten bis zu ihrer Umsetzung gut und gerne zehn Jahre bei der Verwaltung liegenbleiben. Es geht hier nicht nur um extrem viel Geld, sondern v.a. um die Besserstellung des Mädchen- und Frauenfussballs. Erst, wenn eine verpflichtende Zusicherung vorliegt, dass hier kein unverbindlicher Blankoscheck ausgestellt wird, kann die Fraktion Grüne zu den drei Spielen in Thun Ja sagen. Deshalb haben sie vier Änderungsanträge eingereicht.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, betont, dass es um die Möglichkeit geht, dass von den besten europäischen Frauenfussballteams in Thun an einer Meisterschaft spielen. Natürlich gibt es bei einem solchen Grossanlass viel Fläche für Kritik. Doch sogar in der Summe dieser negativen Teilaspekte sieht seine Fraktion keine Aufhebung der ganzen positiven Seiten. Sie sehen den Anlass als Chance im Bereich Werbung, Vorbilds- und Motivationsfunktion für Frauenfussball und Sport allgemein, Umsatzsteigerung für das Thuner Gewerbe und ein besonderes Erlebnis für die Thuner Bevölkerung. Wenn man an die Kritik denkt, als die Fussball-WM an Katar vergeben wurde, scheint die vorliegende Kritik im Vergleich unbedeutend. Bestehende Infrastruktur kann genutzt werden, es kann auf die Nachhaltigkeit und die Regionalität geschaut werden und vorhandener öV kann eingesetzt werden. Die Vorteile überwiegen. Die Fraktion GLP/EVP/EDU unterstützt den Rahmenkredit einstimmig. Zu den Änderungsanträgen interessiert sie die Stellungnahme des Gemeinderats.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, äussert sich zum Antrag Nr. der Fraktion Grüne. Er beantragt zudem, den Teil zu den Gesamtkosten («im Umfang von zusammengerechnet...») zu streichen. Auch er freut sich, dass so viele Besucher im Stadtratsaal anwesend sind. Als Dienstältester hat er auch schon andere Anlässe mit so vielen Leuten erlebt, wenn es z.B. um ein Stadium ging. Man sollte sich als Politiker nicht zu stark beeinflussen lassen und ein Geschäft ernsthaft behandeln, wenn niemand im Publikum sitzt. Als Fussballfan hat er persönlich grosse Sympathien für diesen Anlass und möchte versuchen, dem Anlass zum Durchbruch zu verhelfen. Es gibt wirklich kritische Punkte. Wenn Gemeinderätin Ali-Oesch sagt, sie habe eine Einladung bekommen, dann freut ihn das. Jedoch hat er noch nie eine Einladung zu einem Fest bekommen, wo er gleich die Kosten tragen musste. Eine solche Einladung findet er merkwürdig. Im Sport ist Fairness stets ein grosses Thema – auch unter den Playern, die den Anlass ausrichten wollen. Deshalb hat Mühe, dass der kleinste Player als Erster die Karten auf den Tisch legen soll. Er hat noch nie ein Kreditgeschäft mit so vielen Unterlagen und so wenig Substanz gesehen. Bei jedem anderen Geschäft wäre der Rückweisungsantrag wohl durchgekommen. Natürlich verspricht das Geschäft sehr viel, bringt aber auch Risiken mit sich. Das finanzielle Risiko muss man einfach begrenzen. Der Vorschlag von Stadtrat Aegerter, der jetzt grosse Sympathien genießt und auf dem richtigen Weg ist, hat keine Obergrenze. Wir wissen nicht, wie viel der Anlass kostet, wie die Welt in zwei Jahren aussieht, ob z.B. die Sicherheitskosten explodieren. Als einer von fünf Players kann die Stadt Thun dem Bruttokredit doch zustimmen, aber unter dem Vorbehalt, max. netto 1 Mio. zu tragen. Wenn es dann mehr kostet, kann sich die Stadt auf dieses Kostendach berufen. Deshalb kam die Fraktion Grüne zu ihrem Antrag.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, betont, dass die Grünen heute Abend verbindliche Zusagen brauchen – Zusagen zur Förderung des Mädchen- und Frauensports, zu genügend Trainingskapazitäten und zur ökologisch nachhaltigen Durchführung dieses Grossanlasses. Man könnte meinen, dass diese Forderungen heutzutage selbstverständlich sein sollten. Doch anstatt der Förderung des Mädchen- und Frauensports die Richtung zu geben, wird der Bewegungs- und Sportförderung nur in der Postenkategorie

«Begleitanlässe und Rahmenaktivitäten» Platz eingeräumt. Das genügt ihm als ehemaliger Leistungssportler bei Weitem nicht. Das Vermächtnis des Anlasses sollte sein, dass der Mädchen- und Frauensport nachhaltig gefördert wird. Das ist auch die Erwartung der heute anwesenden Fussballerinnen. Die Förderung braucht es, weil der Mädchen- und Frauensport leider immer noch einen tieferen Stellenwert hat. Um das Vermächtnis des Anlasses zu ermöglichen, soll mit Antrag Nr. 3 der Gemeinderat beauftragt werden, einen wesentlichen Anteil der Kostenkategorie für die Förderung des Mädchen- und Frauensports einzusetzen. Er zieht den Vergleich zum Beschluss im Berner Stadtrat: Dort ist ein Sechstel des Gesamtbetrags fix für die Sport- und Bewegungsförderung vorgesehen. Das würde beim hiesigen Rahmenkredit etwas über 600'000 Franken entsprechen. Da ist es doch nicht zu viel verlangt, einen Betrag von 300'000 Franken für das wahre sportliche Erlebnis des Anlasses einzusetzen. Ein Symptom dieser Ungleichheit im Thuner Fussball zeigt sich darin, dass schon heute den Mädchen- und Frauenteamen Trainingskapazitäten fehlen und die Infrastruktur es nicht erlaubt, dass Frauen- und Männerteams gleichzeitig trainieren – z.B., weil es für mehrere Garderoben nur eine gemeinsame Dusche gibt. Das entspricht nicht den heutigen Anforderungen. Diese Tatsache und die fehlenden Trainingskapazitäten hindern heute schon die Entwicklung des Mädchen- und Frauenfussballs in Thun. Deshalb soll mit Antrag Nr. 4 sichergestellt werden, dass bis ins Jahr 2025 genügend Trainingskapazitäten vorhanden sind und Entwicklungspotential sichergestellt werden kann. Das kann z.B. mit einer anderen Priorisierung von Trainingszeiten umgesetzt werden, ohne neue Infrastruktur zu bauen. Bei Antrag Nr. 5 geht es ihnen um die Nachhaltigkeit. Diese wird zwar im Bericht erwähnt, jedoch wird der ökologischen Nachhaltigkeit eines solchen Grossanlasses deutlich zu wenig Beachtung geschenkt. Es ist schwer nachvollziehbar, wieso der Gemeinderat weniger als zwei Wochen nach der Abstimmung zur Klimastrategie mit dem Netto-Null-Ziel bis spätestens 2050 der ökologisch nachhaltigen Durchführung des Anlasses nicht mehr Gewicht beimisst. Es kann nicht sein, dass der definierte Absenkpfad der Emissionen für einen solchen Event gefährdet wird. Deshalb fordert Antrag Nr. 5, dass sich der Gemeinderat für die ökologische Durchführung des Anlasses einsetzt und ein eigenes Nachhaltigkeitskonzept erstellen. Besonders in den antizipierbaren Hotspots wie Mobilität, Hotellerie, Gastronomie und Logistik sollen Massnahmen ausgearbeitet werden, um die Emissionen auf ein Minimum zu reduzieren. Projekte zur Kompensation der nicht vermeidbaren Emissionen sollen auf dem Stadtgebiet umgesetzt werden. In Bern hat der Stadtrat sogar eine CO₂-neutrale Bilanz des Anlasses vorgeschrieben. Er ruft dazu auf, dazu beizutragen, dass der Anlass nur einen sportlichen Fussabdruck hinterlässt.

Martin Allemann (SP) ist konsterniert über den Zusatzantrag von Stadtrat Aegerter. Es wurde abgemacht, dass Anträge bis vergangenen Dienstag schriftlich eingereicht wurden, und alle Fraktionen hielten sich daran. Noch heute Morgen sass er mit Stadtrat Aegerter zusammen und dieser liess mit keinem Wort verlauten, dass er seinen Antrag ergänzen würde. Er verlangt einen Sitzungsunterbruch, da er das Geschäft nicht mit solchen Spielchen gefährden will.

Peter Aegerter (SVP) ist von Stadtrat Allemanns Tonlage überrascht. Dieser hat im Grundsatz recht. Er möchte seine zusätzliche Präzisierung, die keinen Antrag darstellt, begründen. Dadurch möchte er verhindern, dass private Organisationen wie die UEFA oder der Fussballverband nichts mehr an die Gesamtkosten zahlen. Deshalb wollte er präzisieren, dass von den Gesamtkosten gesprochen wird. Wenn von dem Bruttokredit der UEFA dem Ausrichterland ein Beitrag gesprochen wird, nimmt das Geld der Verband entgegen und gibt es in unbekanntem Umfang an die Austragungsorte weiter. Er betont nochmals, sicherstellen zu wollen, dass sich private Organisationen nicht einfach plötzlich zurücklehnen und sagen, es sei ja schon alles finanziert.

Nicole Krenger (GLP) stellt einen Ordnungsantrag. Sie möchte die Meinung des Gemeinderats zum Sitzungsunterbruch hören.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch versucht, etwas zur Klärung beizutragen. Die Präzisierung, welche Stadtrat Aegerter eingebracht hat, ist korrekt. Die Gesamtkosten werden auch Posten beinhalten, welche die UEFA übernimmt. Wenn man den Begriff «Gesamtkosten» also nicht klar präzisiert, geht man ev. tatsächlich von etwas Falschem aus. Deshalb ist die Präzisierung zielführend. Mit Antrag Nr. 1 von Stadtrat

Aegerter könnte der Gemeinderat leben – im Gegensatz zu Antrag Nr. 2. Eine Kürzung des Kredits liegt nicht drin für die vorgesehene Durchführung. Die Anträge Nr. 3-5 sind inhaltlich absolut im Sinne der Sache. Sie erhielt fast den Eindruck, dass der Stadtratsbericht nicht sorgfältig gelesen wurde. Der Gemeinderat äussert sich darin klar zur Förderung des Mädchen- und Frauenfussballs, zur Nachhaltigkeit und zur Infrastruktur. Das muss nicht präzisiert werden. Der Gemeinderat lehnt Anträge Nr. 3-5 ab, da sie zum jetzigen Zeitpunkt in diesem Geschäft sachfremd sind.

Thomas Hiltbold (Grüne) möchte ein Missverständnis klären: Die Grünen haben in ihrem Antrag nicht den Rahmenkredit gekürzt. Doch statt eines Bruchteils der Gesamtgelder wollen sie netto maximal eine Million tragen. Die Differenz beträgt 250'000 Franken, jedoch kann es beim Antrag von Stadtrat Aegerter noch hochgehen. Es könnte helfen, bei den Anträgen Nr. 3-5 zu versichern, dass es inhaltlich keine Differenz gibt.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch ist auch der Auffassung, dass es inhaltlich keine Differenz gibt. Zur Reduktion auf eine Million hält sie fest, dass das nicht 250'000 Franken sind. Da die Drittelsteilung sein wird, werden dann auch der Kanton und der Bund je 250'000 Franken weniger zahlen.

Der Rat stimmt grossmehrheitlich einem Sitzungsunterbruch zu.

Sitzungsunterbruch von 20:40-20:50 Uhr

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, zieht nach den Zusagen von Gemeinderätin Ali-Oesch die Anträge Nr. 3-5 zurück.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stellt fest, dass man jetzt schlussendlich nur noch über Geld spricht. Für den Bund stimmt es, mit der $\frac{1}{3}$ -Regelung die Hälfte dessen zu übernehmen, was Gemeinde und Kanton zusammen leisten. Er hat das Gefühl, dass es noch Spielraum für die Aufteilung zwischen Gemeinde und Kanton gäbe, schliesslich sollte man auch die Grösse der verschiedenen Player in Betracht ziehen. Abgesehen davon sind die UEFA und der Schweizerische Fussballverband involviert, welche auch eine Leistung zugesichert haben. Deshalb ist er der Ansicht, den Betrag vernünftigerweise bei 1 Mio. Franken begrenzen zu können – ohne das Risiko, dass der Anlass deswegen nicht stattfindet.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, gibt bekannt, dass die SP-Fraktion den Änderungsantrag der SVP grossmehrheitlich annimmt.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, spürt, dass Stadtrat Hiltbold und er sich annähern. Im Änderungsantrag steht die Formulierung «zusammengerechnet mindestens». Das ist einer der möglichen Spielräume, die anderen Player müssen mind. zwei Drittel zahlen, mit Spielraum gegen oben. Eine Deckelung lehnt seine Fraktion ab, denn diese würde wiederum keinen Spielraum offenlassen und die Stadt würde dann ganz sicher diesen Betrag zahlen.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, unterstützt den ersten Antrag. Wichtig ist für seine Fraktion v.a., dass der Gesamtkredit nicht gefährdet wird. Hinter einem Drittel können sie stehen. Beim zweiten Antrag hingegen befürchten sie, dass mit dem fixen Betrag der Kredit gefährdet wird.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, entschuldigt sich dafür, dass er vorher emotional war. Die SP-Fraktion unterstützt den abgeänderten Antrag der SVP. Zu Antrag 2 werden sie sich der Stimme enthalten, da sie auch der Meinung sind, dass die Stadt Thun für diesen Anlass nicht unbegrenzt Mittel sprechen sollte. Man kann den Frauensport auch auf andere Weise fördern, dazu werden sie nächstens einen Vorstoss eingeben. Die Stadt Thun soll ihren Beitrag leisten, aber nicht unbegrenzt gegen oben.

Sandro Badertscher (Parteilos) beantragt, den Antrag der SVP mit einer Deckelung von 1.2 Mio. Franken zu ergänzen.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch versteht das Bedürfnis nach möglichst viel Sicherheit. Die Anträge sind ein Mittel dazu. Doch diese werden das Geschäft nicht verbessern, sondern schränken den Handlungsspielraum ein. Genauso verhält es sich mit der vorgeschlagenen Deckelung, welche eigentlich schon im Antrag von Stadtrat Aegerter enthalten ist.

SITZUNGSUNTERBRUCH von 20:58 bis 21:03

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, bei einem Rahmenkredit von 3.65 Mio. kann nicht plötzlich davon ausgegangen werden, dass es 5 Mio. sind. Wenn man die 3.65 Mio. drittelt, dann sind es 1.2 Mio., und nicht mehr. Das Oberdach ist also automatisch gegeben, weshalb Stadtrat Badertschers Antrag nichts bringt. Der Rahmenkredit kann nicht einfach überzogen werden. Er hofft, seine Einschätzung bestätigt zu bekommen. Es ist auch ein Zeichen, dass man sich an den Rahmenkredit halten soll. Die Spielregeln werden ohnehin an einem anderen Ort gemacht, Thun ist zuunterst in der Nahrungskette.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch gibt Stadtrat Baumann Recht, dass das Bruttokreditprinzip genauso funktioniert. Falls der Rahmen gesprengt werden sollte, müsste der Stadtrat einen Nachkredit genehmigen. Der Gemeinderat setzt alles daran, dass es nicht so weit kommt. Er hat ein sehr grosses Interesse daran, dass sich zusätzlich private Geldgeber finden lassen, die den Anlass unterstützen und sich etwas davon versprechen. In dem Sinne versichert sie dem Rat, dass Verhandlungen geführt werden. Sie heisst die Turnierdirektorin Doris Keller willkommen, die heute Abend anwesend ist.

Sandro Badertscher (Parteilos) zieht seinen Antrag aufgrund der erfolgten Erläuterungen zurück.

Der Rat nimmt mit 27 : 10 Stimmen Antrag 1 von Stadtrat Aegerter an und lehnt gleichzeitig Antrag 2 der Fraktion Grüne ab.

Der Rat nimmt mit 35 : 1 Stimmen Antrag 1 von Stadtrat Aegerter an und lehnt gleichzeitig den Antrag des Gemeinderats ab.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch kündigt an, dass das Resultat bald bekannt sein wird. In der Debatte war die Kommunikation ein Thema. Dieser Punkt wurde schon im Vorfeld kritisiert, sie verweist auf die Fragestunde der Stadträte van Wijk und Borter. Sie bedauert, dass die Kommunikation auf Ärger gestossen ist und gibt zu, dass der Gemeinderat die Befindlichkeiten diesbezüglich unterschätzt hat. Sie haben von Anfang an versucht, transparent zu informieren und kommunizieren. Es gab drei Medienmitteilungen, der Sachverhalt wurde immer gleich dargelegt. Gleichzeitig hat sie die SAKO BiSK laufend über Neuigkeiten informiert. Sie räumt ein, dass es Luft gegen oben gibt, und nimmt sich vor, in Zukunft noch mehr Sorgfalt walten zu lassen, was die Kommunikation anbelangt. Wie alle wissen, ist Thun nicht gerade das Herz der Fussballwelt, hat aber viel Herzblut für den Fussball – und immer auch mehr für den Frauenfussball. Die Chancen für die Euro 2025 überwiegen klar die Risiken. Deshalb bittet sie den Stadtrat, den Kredit zu sprechen. Es ist eine Investition in die Zukunft von Thun als Stadt mit einem positiven Image, wo etwas läuft, wo die junge Generation etwas machen kann. Der Gemeinderat beantragt die Annahme des Verpflichtungskredits.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 litera c und Artikel 66 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 17. Mai 2023, **beschliesst** mit 30 : 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen und mit der Präzisierung von Stadtrat Aegerter:

1. Bewilligung eines Rahmenkredites für eine neue Ausgabe von 3'650'000 Franken (einschliesslich Eigenleistungen und Einnahmenverzichte) für die Austragung der Frauen Fussball Europameisterschaft 2025 (UEFA Women's EURO 2025) unter dem Vorbehalt einer wesentlichen finanziellen Unterstützung dieses Anlasses durch Bund und Kanton Bern im Umfang von zusammengerechnet mindestens zwei Dritteln der Gesamtkosten, wobei unter Gesamtkosten die Kosten zu verstehen sind, die durch die öffentliche Hand zu tragen sind.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt, insbesondere mit der Beschlussfassung über die Auslösung der einzelnen Vorhaben zulasten des Rahmenkredits.

60. Freienhofgasse 1, Sanierung Engelhaus. Ausführung

Bewilligung einer Anlage des Finanzvermögens von 532'000 Franken für den wertvermehrenden Teil der Massnahmen zur Gesamtsanierung

Bericht des Gemeinderates 12/2023

Gemeinderat Reto Schertenleib räumt ein, dass die Kosten hoch sind. Es geht hier nur um den wertvermehrenden Teil der Sanierungskosten von insgesamt 2.6 Mio. Franken. Es ist nicht schön, dass der Sanierungsbedarf so hoch ist, jedoch ist das älteren Umständen geschuldet: Die Liegenschaft ist seit 1939 im Besitz der Stadt, welche es damals verbunden mit einem Schuldenerlass von den damaligen Besitzern übernommen hat. Gleichzeitig wurde ihnen zugestanden, zu einem stark vergünstigten Mietzins im Haus bleiben zu können – unter der Auflage, für den laufenden Unterhalt zu sorgen. Das geschah leider nur sehr spärlich. Dies erlaubt die Schlussfolgerung, dass sich diese Form von Mietvertrag nicht bewährt. Er versichert, dass das auch nicht mehr so gemacht wird. Doch solche Altlasten sind vereinzelt noch vorhanden und werden jetzt bereinigt. Dabei muss man die Relationen sehen: Es wäre zu kurz gegriffen, das Urteil nur auf die absoluten Zahlen abzustellen. Nüchtern und über den ganzen Lebenszyklus dieser Liegenschaft betrachtet, sind die Sanierungskosten gerechtfertigt. Dazu kommen Faktoren wie der Denkmalschutz, welcher einen Umbau mit vielen Auflagen verbindet und viel teurer macht. Zweitens sind statische Mängel vorhanden, welche Massnahmen zur Erdbebensicherung bedingen. Da es neu drei Mieteinheiten geben soll, sind auch Schallschutzmassnahmen innerhalb des Hauses nötig. Bedingt durch die Lage sind Baustelleninstallationen und Gerüstarbeiten eine besondere Herausforderung. All das sind zusätzliche Kostentreiber. Ein Privater könnte die Renditenberechnung anders machen, die Stadt muss sich jedoch an die Vorgaben von HRM2 halten. In der Stadtrechnung wird das Finanzvermögen zum Buchwert indiziert, der weder dem Markt- noch dem Verkehrswert entspricht. Er berechnet sich nach der Formel «amtlicher Wert x 1.4». Deshalb wird auch nicht die ganze Investitionssumme in die Renditenberechnung aufgenommen, da der Betrag für den baulichen Unterhalt nicht aktiviert und nur in der Erfolgsrechnung verbucht wird. Der Buchwert beträgt vor der Sanierung eine gute halbe Million und verdoppelt sich dann ungefähr. Mit der Steigerung des Mietertrags steigt die Bruttorendite. Ein privater Immobilieneigentümer würde gemäss einer Analyse eine höhere Rendite erzielen. Aber auch hier zeigt sich, dass der nicht getätigte Unterhalt während der letzten Jahrzehnte nicht amortisiert werden könnte und der Immobilienwert deutlich tiefer liegt als die Investitionskosten, die jetzt vorgenommen werden müssen. HRM2 hin oder her – nach der Erkenntnis des Gemeinderats lässt sich kein rentables Bauprojekt realisieren. Er sieht sich jedoch in einer Verantwortung, die übers Monetäre hinausgeht: Das Haus ist nicht in erster Linie ein Renditeobjekt. Ein Grundstück an einem neuralgischen Punkt wie einem Brückenkopf hat immer auch eine strategische Bedeutung. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt die Sinnebrücke saniert werden muss, wird es ein Vorteil sein, wenn die Stadt das angrenzende Grundstück im Eigentum hat. Abgesehen davon sieht eine Teilstrategie der städtischen Portfoliostrategie vor, Baukunst zu bewahren und historische Bausubstanz entsprechend zu würdigen. Er bittet den Rat um Zustimmung zum Antrag des Gemeinderats.

Philipp Deriaz, **SAKO B+L**, hat sich in der Kommission auch über die Renditeberechnungen und die Kosten unterhalten. Auch wurde diskutiert, wie man die Situation der Fussgänger allenfalls verbessern könnte. Die SAKO erinnerte sich daran, dass früher sogar mal in Betracht gezogen wurde, das Trottoir durch das Engel-Haus hindurchzuführen. Dies ging dann aus Gründen des Denkmalschutzes und der Statik nicht. Die SAKO B+L folgt dem Gemeinderat einstimmig bei 1 Enthaltung bei der Überweisung seines Antrags.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, berichtet, dass auch in der Fraktion der Kostenpunkt im Zentrum stand. Sie sind der Meinung, dass die Stadt Verantwortung übernehmen muss, jedoch mit neuen Verträgen Klarheit schaffen kann. Die SVP-Fraktion nimmt den Antrag des Gemeinderats einstimmig an.

Simon Werren, **Fraktion FDP/Die Mitte**, stimmt einer Totalsanierung des Gebäudes zu, auch wenn es sich um ein kostspieliges Vorhaben handelt. Kleinere Eingriffe in die Bausubstanz würden wohl nicht dem gewünschten Ergebnis entsprechen. Das Geschäft wurde aus ihrer Sicht gut aufgegleist. Sie bedauern, dass es nicht in allen Bereichen möglich ist, das Gebäude energietechnisch aufzuwerten. Das Objekt mit seiner strategischen Lage im Eigentum der Stadt zu behalten, ist durchaus nachvollziehbar. Seine Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet die Ausgaben erklärbar und stimmt dem Antrag des Gemeinderats mit ihrer Fraktion zu.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, sieht den Handlungsbedarf angesichts des schlechten Zustands der Liegenschaft. Einige Vorbehalte hat ihre Fraktion wegen der hohen Kosten. Intensiv wurde die energetische Sanierung diskutiert. Die Fraktion Grüne nimmt das Geschäft einstimmig an.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, begrüsst und unterstützt den Grundsatzentscheid des Gemeinderats, die Liegenschaft im städtischen Portfolio zu behalten. Dabei unterstützt seine Fraktion auch generell die Portfolio-Strategie der Stadt. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Sinnebrücke ist die strategische Bedeutung einleuchtend. Dass die Liegenschaft wegen ihres Alters und ihrer Lage aufwändiger saniert werden muss als ein normales Wohngebäude, ist nachvollziehbar. Die Kosten scheinen seiner Fraktion jedoch sehr hoch, auch mit der korrekt berechneten Rendite. Sie vertrauen bei der Beurteilung jedoch der städtischen Behörde und stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu. Als Ergänzung bringt er an, dass der Durchgang mit dem Trottoir sehr eng und definitiv nicht barrierefrei ist. Sie regen an, das Thema in Zukunft aufzunehmen, um eine Verbesserung zu erzielen.

Matthias Zellweger (Parteilos) betont, dass diese scharfe Kurve offiziell Kreuzgasse heisst. Er erläutert die Geschichte der Liegenschaft. Das Fundament des Hauses war einst Teil eines Gebäudeensembles des damaligen einzigen Brückenübergangs, bevor man in Bern bei der unteren Nydeggbücke wieder die Aare überqueren konnte. Der Ort war auch als Umschlagplatz bekannt. So, wie das Haus jetzt dasteht, ist es eines der verbleibenden Objekte, das dem Städtlibrand getrotzt hat. Zur Sanierung gibt es ganz klare Vorgaben – unabhängig davon, wer es besitzt. Seines Erachtens ist es nicht die Aufgabe der Stadt, solche Liegenschaften überteuert zu sanieren. Das wäre eigentlich ein Objekt für den freien Markt. Es ist aus einem emotionalen Grund ein Einfaches, ein solch vielbeschriebenes Objekt zum Teil einer Strategie zu erklären und eine Sanierung, die risikobeladen ist, zu rechtfertigen. Unabhängig davon, wer Eigentümer sein wird – das Haus wird gleich aussehen. Die Sanierung rechtfertigt auch nicht die Tatsache, dass man bei der Sanierung des Brückenkopfes besser dastehen wird – auch die Objekte Freienhofgasse 2 und 16 wären vor nicht allzu langer Zeit am Markt gewesen. Zu den Baukosten äussert er seine Bedenken und wirft zum Vorgang die Frage auf, wie man darauf kommt, das Haus zum jetzigen Zeitpunkt zu sanieren – bevor das Projekt der Brückensanierung auf dem Plan ist. Da hätten bestimmt Kostenoptimierungen drin gelegen. Stadtrat Zellweger stellt den Antrag, das Geschäft zurückzuziehen, kostenoptimiert im Zusammenhang mit der Brücke zu sanieren und die Sanierungsvorlagen Freienhofgasse 1 bis dahin zurückstellen.

Gemeinderat Reto Schertenleib glaubt nicht, dass der Stadtrat dem Gemeinderat beantragen kann, das Geschäft zurückzuziehen. Er ist sich insofern mit Stadtrat Zellweger einig, dass die Liegenschaft in der Innenstadt keine Ausnahme bildet – das hat er allerdings auch nie behauptet. Beim Durchfahren kann man nicht von einem falschen Zeitpunkt für die Sanierung sprechen. Er dankt für die Beratung, dass Synergien im Zusammenhang mit der Sanierung der Brücke hätten genutzt werden können. Es gibt auch in der Stadtverwaltung Fachleute, die das geprüft haben. Er erinnert daran, dass es der Stadtrat war, der damals das Projekt Sevi zurückwies, das genau diese Frage hätte anschauen wollen. Der Gemeinderat ist jetzt einfach zum Schluss gekommen, dass das Haus mit grossem Handlungsbedarf saniert werden muss. Wäre der Gemeinderat zum Schluss gekommen wäre, dass dies nicht unabhängig von der Brückensanierung möglich wäre, hätte man das Geschäft nicht aufgesetzt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag von Stadtrat Zellweger mit 34 : 3 Stimmen ab.

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Mai 2023, beschliesst mit 34 : 3 Stimmen:

1. Genehmigung von 532'000 Franken als Anlage des Finanzvermögens für den wertvermehrenden Teil der Sanierungsmassnahmen (Aktivierung auf Bilanzkonto 10840.30.01).
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

63. Dringliche Interpellation I 03/2023 betreffend das Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, Gasspeichers und Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland

Thomas Lanz (Grüne), Fraktionen Grüne und SP vom 23. März 2023; Beantwortung

Thomas Lanz (Grüne) ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt, eine Diskussion würde jedoch zu keinem Mehrwert führen.

64. Fragestunde F 12/2023 betreffend Zeitplan OPR Thun

Matthias Zellweger (Parteilos) vom 10. Mai 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 12/2023 wird schriftlich beantwortet.

65. Fragestunde F 13/2023 betreffend UEFA Women's EURO 2025

Matthias Zellweger (Parteilos) vom 7. Juni 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 13/2023 wird schriftlich beantwortet.

66. Fragestunde F 14/2023 betreffend steigende Wohnkosten und Konsumentenpreise, Entlastung auf kommunaler Ebene

Marc Fritschi (Parteilos) vom 11. Juni 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 14/2023 wird schriftlich beantwortet.

Eingänge

- Postulat P 07/2023 betreffend Prüfung von personellen Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Stadt Thun als Arbeitgeberin; Thomas Bieri (SVP), Nicole Krenger (GLP), Fraktion GLP/EVP/EDU vom 15. Juni 2023
- Postulat P 08/2023 betreffend Teilnahme Landesausstellung NEXPO; Valentin Borter (SVP), Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Fraktion SVP, Fraktion FDP/Die Mitte, Fraktion Grüne vom 15. Juni 2023
- Postulat P 09/2023 betreffend Boots-Tankstelle; Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion SVP, Fraktion FDP/Die Mitte vom 15. Juni 2023
- Postulat P 10/2023 betreffend Dach auf Bushaltestellen; Fraktion GLP/EVP/EDU vom 15. Juni 2023
- Interpellation I 05/2023 betreffend Kreislaufwirtschaft im Bausektor; Fraktion Grüne, Michelle Marbach (Grüne) vom 13. Juni 2023

Der Stadtratspräsident



Manfred Locher

Der Stadtratssekretär



Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller